

Offener Brief zu den Vorkommnissen rund um das AJZ Leisnig

Die Stadt Leisnig verfügt seit vielen Jahren über ein repräsentatives Beispiel selbstverwalteter und eigenständiger Jugendarbeit im ländlichen Raum.

Der repräsentative Charakter kann unter anderem an der Selbstverwaltung sowie an der Einhaltung der Sozialpädagogischen Ethik fest gemacht werden. Die Sozialpädagogische Ethik basiert auf den Internationalen Menschenrechten und verfolgt eine humanistische Grundausrichtung. Im Rahmen der sogenannten „offenen“ Jugendarbeit soll dies durch die Bereitstellung von Angeboten Jugendlichen vermittelt werden. Ein weiteres Ziel der „offenen“ Jugendarbeit ist die Orientierung der Arbeit anhand der Lebenswelt, um die Jugendlichen in ihrem Selbstbild und somit in ihrer Selbstständigkeit zu stärken. In vielen Jugendhäusern die mit einer Pädagogischen Fachkraft ausgestattet sind werden die Ziele, welche im AJZ Leisnig bereits Realität sind, angestrebt. Eine pädagogische Fachkraft hätte im Grunde die Aufgabe, orientiert am §11 SGB VIII die Eigenständigkeit und Selbstständigkeit der Jugendlichen soweit zu fördern, dass eine Selbstverwaltung im Sinne der Eigenständigkeit möglich ist. Da diese Eigenständigkeit bereits vorhanden ist, muss die Frage nach dem „Warum“ sehr deutlich gestellt werden und deshalb möchte ich den Brief der Jugendlichen des AJZ´s Leisnig unterstützen und aus fachlicher Perspektive um ein Statement der Stadt Leisnig bitten. Aus aktueller Perspektive bedeutet das Vorhaben der Stadt Leisnig einen Rückschritt und ein entgegengesetztes Handeln gegenüber dem SGB VIII.

Eine Trägerschaft durch, z.B., den Regenbogenbus e.V. wäre damit die zu favorisierende Möglichkeit, da dieser Träger die Eigenständigkeit der Jugendlichen im AJZ Leisnig erhalten würde. Sein Konzept ist auf eine Betreuung und eine Mobile Arbeit ausgerichtet. Die Unterstützung basiert auf einer fachlichen Beratung bei Projekten oder Veranstaltungen und soll die Einhaltung der Sozialpädagogischen Ethik sichern, damit diverse Fachstandards als Grundlage der Arbeit angewandt werden können.

Die Stadt Leisnig sollte sich fachlich positionieren, wenn sie das Alternative Jugendzentrum in Leisnig nicht in der bisherigen Form weiter betreiben möchte. Im Zuge einer Neuvergabe der Trägerschaft wäre die Prüfung der Konzepte und eine gemeinsame Diskussion zwischen Jugendlichen und Jugendamt wünschenswert. Die bisherigen Zeitungsartikel und Informationen welche aus Gesprächen gewonnen werden konnten, lassen keinerlei professionelle Betrachtung der Situation von außen zu. Diese ist aber gerade im Bereich der Jugendarbeit sehr wichtig. Denn Basisdemokratische Strukturen die ein Jugendzentrum selbstständig verwalten können gibt es im ländlichen Raum sehr wenig und deshalb sehe ich es als Notwendigkeit an, mich als Sozialarbeiter und Basisdemokrat innerhalb der offenen Jugendarbeit auch Sozialraumübergreifend zu diesem Thema zu positionieren um der bereits angesprochenen Ethik zu entsprechen.

Richtig ist jedoch von der Stadt Leisnig die Verkehrssicherheit des Gebäudes zu prüfen und die Genehmigungsfähigkeit für öffentliche Veranstaltungen gemeinsam mit dem Landratsamt zu kontrollieren. Die Stadt Leisnig ist Eigentümer_in des Gebäudes und hat demnach für die Erfüllung dieser Vorgaben, gerade gegenüber dem Landratsamt, Sorge zu tragen. Im Sinne eines Verantwortungsvollen Umgangs mit den Jugendlichen „seiner“ Stadt wäre es jedoch ratsam gewesen dies gemeinsam mit den Jugendlichen zu besprechen und ggf. mit ihnen gemeinsam Möglichkeiten zu finden wie Hygienebestimmungen des Landratsamtes erfüllt werden können. Das Vorgehen, dies ohne die Jugendlichen und vor allem ohne konkrete Zielstellung zu tun, ist aus Sicht eines Sozialarbeiters sehr fraglich. Die Jugendlichen definieren das durch die Stadt bereitgestellte Gebäude als "Ihren" Raum und sind deshalb gewillt dies zu erhalten, im Sinne einer partizipativen und Lebensweltorientierten Jugendarbeit besteht so immer auch die Möglichkeit im Sinne der Kostenreduzierung für die Stadt, die Jugendlichen in Baumaßnahmen mit einzubeziehen.

Tobias Burdukat

Stadtrat (parteilos) Große Kreisstadt Grimma

Bachelor of Arts für Soziale Arbeit (verantwortlich für das KJH „Come In“ Grimma)